

Menü [Stimme+](#) [Podcasts](#) [Newsletter](#) [E-Paper](#) [Termine](#) [Abo](#) [Service](#) [St](#)

[Regional](#) [Überregional](#) [Meinung](#) [Blaulicht](#) [Sport](#) [Schwerpunkte](#) [Leben](#) [Bilder](#)

Top-Themen: [KI](#) [Gastronomie](#) [Liebesstimme](#) [Unternehmenswelten](#) [24-24-24](#)

[Startseite](#) > [Regional](#) > [Landkreis Heilbronn](#)

ST [Geplante Flüchtlingsunterkunft in Obersulm](#)

[Teilen](#) [Drucken](#) [Merken](#)

Initiator des Bürgerbegehrens gibt sich mit Ablehnung nicht zufrieden

Der Obersulmer Gemeinderat hat das von Felix Feinauer initiierte Bürgerbegehren gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in Willsbach abgelehnt. Doch der Initiator gibt nicht auf. Welche Punkte er in seinem Widerspruch anführt.



von [Sabine Friedrich](#)

21. Juni 2023, 11:57 Uhr |

Update: 15. Juli 2023, 03:39 Uhr |

🕒 1 Min



Ein abgelehntes Bürgerbegehren zur geplanten Flüchtlingsunterkunft in Willsbach beschäftigt nun die Gemeindeverwaltung. Foto: Döttling, Gustav

Es geht um den Standort, die Kosten, die Frage der Integration und von Abschiebemöglichkeiten, die Felix Feinauer in seinem Widerspruch anführt. Er gibt sich nicht damit zufrieden, [dass der Obersulmer Gemeinderat das von ihm initiierte Bürgerbegehren gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft beim Bahnhof in Willsbach als rechtlich nicht zulässig abgelehnt hat](#). Die Gemeindeverwaltung prüft nun die Argumentation.

Die Frage der Kosten und der Finanzierung

Feinauer fehlen Angaben über die maximale Belegungsgröße,

eine Aussage, ob eine Nutzung über 2027 hinaus geplant ist. Er vermisst Kosten für Planung, Bau, Instandhaltung, Versorgung der Flüchtlinge und für ein Sicherheitskonzept für die Bürger sowie Aussagen zur Finanzierung.

Der Obersulmer kritisiert den Standort "in unmittelbarer Nähe" zu Michael-Beheim-Schule und Bahnhof, eine fehlende Befragung und Einwilligung der Bürger zum Bau der Flüchtlingsunterkunft. Es gebe keine Angaben zur Prävention von Kriminalität und Gewalt sowie zur Integration der Flüchtlinge und wie mit "Integrationsunwilligen" umgegangen werde, auch nicht zu Abschiebemöglichkeiten und dem Verfahren bei Straftaten.

Anzeige



Einige Punkte sind nicht Gegenstand der Planung

Was Feinauer anführt, ist teilweise gar nicht Gegenstand der Planung oder Teil des Prozederes oder liegt gar nicht in der Zuständigkeit der Gemeinde, etwa die Abschiebemöglichkeiten.

Die Verwaltung wird laut Bürgermeister Björn Steinbach nun die Argumente, die Feinauer in seinem Widerspruch aufgeführt hat, intensiv prüfen und dann entscheiden, ob sie

dem Widerspruch stattgibt. Wenn nicht, wäre das Landratsamt Heilbronn die nächsthöhere Instanz, bei der Feinauer dagegen wieder vorgehen könnte.

Kommentar hinzufügen

Schon gelesen?



ST [Betreuung](#)

Tragischer Unfall in Kita: "Gewisse Risiken kann man nie ausschließen"

Bei einem tragischen Unfall in einer Kita in Rheinland-Pfalz hat sich ein Mädchen wohl selbst stranguliert.



ST [Müller Milch](#)

„Das war der Plan von Herrn Müller“ – Landliebe-Mitarbeiter lassen ihren Frust raus

Der Schock vom Aus des Landliebe-Werks in Heilbronn sitzt immer noch tief. Die Nachricht von der Schließung kommt für viele aus dem Nichts. Die Arbeiter in der Produktion tun ihre Meinung kund.



ST [Gastronomie](#)

Fleisch vom Spieß: Churrasco-Lokal eröffnet in Heilbronn

In Heilbronn hat am Samstag ein Lokal eröffnet, das brasilianische Spezialitäten bietet. Und am Eröffnungstag sogar noch mehr.

Kommentare

Keine Kommentare gefunden

[Nach oben](#)

Service

[Kontakt](#)

[Leserbrief](#)

[Anzeige aufgeben](#)

[Archiv](#)

[FAQ](#)

[Abo beenden](#)

Mediengruppe

[Über uns](#)

[Karriere](#)

[Mediadaten](#)

Apps

[Stimme E-Paper App](#)

©
Heilbronner
Stimme
GmbH &
Co. KG

Datenschutz
Privatsphäre
AGB
Impressum